

Volkswacht

für Schlesien

Der wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Abonnementpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Expedition der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Reichstr. 140, sowie durch alle Auspostämter zu beziehen. — Preis: 10 Goldpfennige im Voraus zu entrichten wöchentlich 2 Goldpfennige, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung
Verlagort und Hauptvertriebsstelle: Dresden 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftstelefon Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. 3652.

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter 1000 Zeichen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs-, Verheirathungs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen von 1000 bis 2000 Zeichen 14 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Entscheidung bei Hindenburg.

Nach der Annahme der Hypotheken-Aufwertung durch die großkapitalistische Reichstagsmehrheit.

Der Reichstag hat gestern in dritter Lesung das Gesetz über die Hypothekenaufwertung endgültig angenommen. Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion hat Abg. Keil vorher folgende Erklärung ab-

gegeben: „Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat bei der Stellungnahme zu der Aufwertungsfrage das Ziel verfolgt, den entwerteten Papiermarkenprüfungen in dem Maße aufzuwerten, dem es ohne Gefährdung der neuen Währung und ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens möglich ist. Sie hat dabei den Gedanken in den Vordergrund gestellt, daß am besten die durch den Krieg und Inflation verarmten Volksschichten ihre Kräfte Opfer zu bringen, die trotz Kriegsniederlage und Inflation reich geworden oder reich geblieben sind. Bei Vertretung dieser Auffassung ist die sozialdemokratische Fraktion auf den Widerstand der Regierungsparteien gestoßen.“

Unter dem Vorwand der Wahrung wirtschaftlicher Allgemeininteressen sind den Schuldner große Vorteile auf Kosten ihrer Gläubiger gewährt worden. Der Staat hat 25 Prozent für die Aufwertung von Hypothekendarlehen hinter der allgemeinen Kapitalwertigkeit der Wirtschaft zurück und drückt das Siegel der Ungerechtigkeit unter ungerechtfertigter Berücksichtigung der Vermögensschwächer Schuldner. Die ganze Aufwertungsfrage ist eine Frage der Gerechtigkeit im einzelnen ist bittend von der Regierung für das Wohlergehen des schuldnerischen Sachwertbesizers. Die Interessen des verarmten Gläubigers haben die gebührende Berücksichtigung nicht erfahren. Die Begünstigung der Hypothekenscheinbesitzer hat zugleich die Folge, daß die Besitzer von Hypotheken, Wertpapiersparnissen und Sparguthaben mit dürftigen Mitteln ihrer Ansprüche abgehoben werden.

Der systematische Schutz, den die Regierung und die Regierungsparteien den Gläubigern der Kriegsschuld und Inflationslasten gewähren, sind keine kräftigen Ausnahmen in der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Aufhebung einer Sondersteuer von den erhalten gebliebenen, geschuldeten und neu geschuldeten Vermögen. Die Folge hiervon ist, daß die Aufwertung der öffentlichen Anleihen eine Belastung geworden hat, die von den Anleihegläubigern als unbillig empfunden wird. Das berechnete Verlangen der verarmten Anleihebesitzer nach Wiederaufnahme des in den letzten Jahren nicht erfüllten, dafür wird ein geringfügiges neues Vospapier ausgegeben, das nicht selten erst zur Auslösung gelangen wird, wenn der hungernde Gläubiger längst gestorben ist. Auch die Sparfassen der Träger der Reichsversicherung können erst in einer ungewissen Zukunft auf die Rückzahlung kleiner Teile ihrer dem Reich zur Verfügung gestellten Vermögen rechnen. Der kleinste und kleinste Anleihebesitzer wird mit Prozentfäßen abgehoben, die das soziale Empfinden verletzen.

Eine freigebige Aufwertung erfährt allein das Spekulationsvermögen. Es hat die Hochflut der Inflation dazu ausgenützt, mit Anteilen von Goldpfennigen große Anleihebestände zu erwerben. Jetzt werden diese Anleihen auf ein Vielfaches des Erwerbspreises aufgewertet. Die Fortsetzung der Sozialdemokratie nach völliger Ausschließung der Spekulation von der Aufwertung, von der Regierung und den Regierungsparteien abgelehnt worden.

Die Aufwertungsgeetze sind nicht das Ergebnis eines sachlichen Meinungsaustausches zwischen Regierungsmehrheit und Opposition, sie beruhen vielmehr auf Sonderabmachungen der Regierungsparteien, von denen die Opposition ausgeschlossen war. Die Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokratischen Fraktion haben ohne jegliche Würdigung niedergebunden. Die Geetze haben in keinem Widerspruch mit den Besprechungen, die den Gläubigern gegeben wurden. Sie sind erfüllt von demselben Geiste, der die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung bestimmt. Die Politik dient dem Schutze des Großkapitals, belastet die proletarischen Volksschichten und enteignet weite Kreise des ehemaligen Mittelstandes zugunsten einer kleinen Zahl von Inflationsgewinnlern. Die Sozialdemokratische Fraktion lehnt jede Verantwortung für eine solche Politik ab, wenn sie gegen die Aufwertungsgeetze kämpft.“

Im Anschluß an die Annahme wurde von über dem Drittel der Abgeordneten der verfassungsmäßige Antrag gestellt, die Verkündung des Gesetzes aufzuschieben. Das Recht dazu hat aufgrund eines solchen Antrages der Reichspräsident, der dann eine Volksabstimmung anordnen muß, die den Reichstagsbeschlüssen entgegen der Ansicht der Regierung nicht erfolgen, wenn Reichstag und Reichsrat das Gesetz für dringlich erklären. Das ist geschehen im Reichstag am Freitag, den 11. Juli, und gleichzeitig auch im Reichsrat, der seine Zustimmung noch vor der Verkündung im Reichstag erteilte. Nachdem Kaiser der Reichspräsident, wie aus den Artikeln 72 und 73 der Reichsverfassung eindeutig her-

vorgeht, auch jetzt noch seine Unterschrift unter das Aufwertungsgeetz verweigern und binnen einem Monat Volksentscheid anordnen.

Die Augen der betrogenen Sparer und Gläubiger wenden sich jetzt also erwartungsvoll Hindenburg zu. Sein Verhalten wird tatsächlich ein bedeutungsvolles Stück politischen Anschauungsunterrichtes für die breite Schicht der neuenteigneten Proletarier sein, die immer noch der Illusion nachlaufen, daß sie bei den Erwählten des Großkapitals noch irgendwie helfen wie in den schönen Zeiten, als sie selbst noch Besitztümer waren. Jetzt werden sie sehen, was ihnen der „Retter“ bringt, der nach der wenigen Monaten auch ihre Stimmen erhielt!

Wie stimmten die schlesischen Reichstagsabgeordneten bei den Aufwertungsgeetzen?

Zu dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Aufwertung von Hypotheken und ähnlichen Kapitalen hatte bekanntlich die Sozialdemokratische Fraktion drei Verbesserungsanträge im Interesse der verarmten Gläubiger eingebracht, und die Reichspräsidenten einen weiteren Verbesserungsantrag gestellt. Die geschlossene Mehrheit der Kompromißparteien verweigerte wie berichtet, auch die geringste Veränderung der Regierungsvorlage. Wir wollen hier an Hand der Reichstagsdrucke die Abstimmlung der schlesischen Abgeordneten namentlich festhalten damit die Bewohner Schlesiens für die Zukunft Bescheid wissen.

Von den mittelschlesischen Abgeordneten stimmten für die Verbesserungsanträge einzig und allein die anwesenden Sozialdemokraten: Anforge, Seppel, Wendemuth. (Die Genossen Löbe und Helmman konnten an der Abstimmung nicht teilnehmen. Angesichts der geschlossenen Mehrheit der Rechten und des Zentrums hätte auch die Anwesenheit aller Abgeordneten der Linken nichts geändert.)

Sämtliche übrigen mittelschlesischen Abgeordneten lehnten die Anträge für höhere Aufwertung durchweg ab. Es waren die Deutschnationalen v. Freytag-Loringhoven, Hüffer, Lejeune-Lung u. Rheinböden, die Zentrumsliste Brünning, Perllius, Schulte. Dasselbe Bild bei den Oberschlesiern! Auch von dort stimmte für höhere Aufwertung der Sozialdemokrat Seppel, diesmal unterstützt von dem Kommunisten Jadaß; es lehnten jede Verbesserung der Aufwertungsgeetze ab der Deutschnationale Wolf und die Zentrumsabgeordneten Bed, Ehrhardt und Ullrich. Mögen die Wähler von den Herren nun auch persönlich die Verantwortung für ihre Haltung fordern!

Das Zentrum und die Zollvorlage.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums befahte sich am Mittwochabend mit der Zollvorlage. Ihre Beratungen galt vor allem dem Versuch, die innerhalb der Fraktion bestehenden Schwierigkeiten zur Beibehaltung der Vorlage zu überwinden. Während die Reichsregierung auf Widerstände stößt, lehnt die Gruppe Stegerwald und der linke Flügel des Zentrums, entsprechend einer Forderung der öffentlichen Gewerkschaften, diese Vorlage ab. Sie formulieren, daß dann die Deutschnationalen erst recht in der Regierung bleiben, um in den Einzelverhandlungen mit dem Ausland ihre Zollwünsche durchzusetzen. In der Steuer- und Aufwertungsfrage schließt das Zentrum ja jetzt alle Forderungen der Rechten.

Neue Flottenvorlage der englischen konservativen Regierung.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Admiralität hat eine Denkschrift zum Flottenbauprogramm herausgegeben, die eine wesentliche Erhöhung des Schiffbauhaushalts für Kreuzer zur Aufrechterhaltung der Schlagkraft der Flotte fordert. Lord Birkenhead sagt darin, daß die verlangten Rekruten ein Mindestmaß darstellen. Bis zur endgültigen Festlegung des Bauprogramms hat man sich zunächst auf die Einstellung von zehn Kreuzern zu je 1000 Tonnen im laufenden Jahre geeinigt. In den nächsten fünf Jahren sollen je sechs Kreuzer gebaut werden. Damit ist das Flottenbauprogramm, das unter der Arbeitregierung MacDonalds entworfen und verfolgt wurde, befestigt.

Die Schiffe der Flotte sind die Strafen der Arbeiter, welche bekanntgeben, daß die schlesischen Arbeiter von den Streikenden abzuwenden eingeschüchelt wurden und deshalb Plamen für die Arbeiterbewegung der Europäischen Arbeiterkongressen in Wien, London und anderen Städten einberufen werden. In Wien ist die Arbeiterbewegung bereits unterbrochen. Die Maßnahmen der Regierung sind hier beschlaghaft.

Kabinettsbeschluss über die Antwortnote in der Simerheitsfrage.

„Einmütigkeit des Kabinetts.“

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett ist gestern mittags 11 Uhr zu der angekündigten Beratung der Antwortnote auf die französische Note vom 16. Juni über den Abschluss eines Sicherheitspaktes zusammengetreten. In der Sitzung, die bis gegen 2 Uhr nachmittags andauerte, hat sich das Reichskabinett auf einen Entwurf der Antwortnote geeinigt. Die Schlussabstimmung wird erfolgen, sobald die Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages und den Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden hat.

Die Reichsregierung glaubt nach Andeutungen der Berliner Presse, durch Inhalt und Form dieser Antwort zunächst Zeit gewonnen zu haben. Damit dürfte der innere Streit der Regierungsparteien um die Stresemann-Politik zunächst zurücktreten, allerdings auf Kosten der außenpolitischen Aussichten, daß eine Regelung aus dem Stresemannischen Garantien-Vorschlag überhaupt noch herauskommt. Auch der deutsche Völkerverbund tritt eintritt erscheint damit auf neue hinausgezögert, da die zurzeit in Berlin maßgebenden Stellen immer wieder die unmögliche Bedingung stellen, Deutschland solle in Genf gleichberechtigt aufgenommen werden und einen Ratsitz erhalten, aber nicht alle Verpflichtungen des Völkerverbundes über die Unterzeichnung gemeinsamer Maßnahmen gegen Völkerverbrecher übernehmen. Die Berliner Presse hofft auf mündliche Verhandlungen. Ob es dazu noch kommt, wird man erst nach Kenntnis des Wortlautes der deutschen Note beurteilen können.

Der Amnestieschwindel.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Das Reichskabinett hat den Entwurf über die politische Amnestie am Mittwoch beraten und verabschiedet. Der Entwurf soll zunächst dem Reichstag zugehen und nach Möglichkeit noch vor dem Parlamentsferien vom Reichstag verabschiedet werden. Der Entwurf umfasst angeblich nur die politischen Vergehen bis 1923.

Sollte sich diese Nachricht, wie wir fürchten, bestätigen, dann wird wieder eine der Hoffnungen zerstört sein, die sich bei neuen Leuten an die Wahl Hindenburgs geknüpft haben. Wenn nicht einmal die zahlreichen wirtschaftlichen Notvergehen der Inflationszeit in die Amnestie aufgenommen wären, dann würde der ganze Entwurf geradezu als Monstrum von Engherzigkeit und Angst vor den besitzlosen Klassen erscheinen müssen. Unsere sozialdemokratischen Minister Braun und Geering haben bekanntlich durchgesetzt, daß die preussische Regierung dem Reich sehr viel weitergehende Amnestievorschläge gemacht hat. Die Entscheidung liegt aber zunächst beim Reich, wo ja unser Einfluß ausgeübt ist und die Deutschnationalen den Ton angeben.

Eine gewisse Mitschuld an dem ungünstigen Ausfall der Amnestie trägt die Form der Amnestiepetition der Kommunisten. Diese glaubten ein Entgegenkommen der Hindenburg-Parteien (!) am besten durch recht wüste Drohungen erzielen zu können. Je mehr die Amnestie aber als Forderung der Kommunisten und der von diesen als Kullisse benutzten „Koten Hilfe“ erscheint, je mehr Unterschriften die Sammellisten dieser Richtung erhalten, desto schlechter müssen die Aussichten der Beendigung der Amnestie werden. Es ist ja auch sonst im Rechtsleben nicht üblich, daß das Gnadengesuch für einen Verurteilten von seinem Ankläger unterzeichnet wird, der gleichzeitig immer neue Opfer ans Messer der Klassenjustiz liefert.

Die Reichsparteien übertreiben aber natürlich abfällig die Bedeutung der kommunistischen Agitation, um sie als Vorwand für Ablehnung der Amnestie zu benutzen. Tatsächlich fordern aber von allen gerade die, die dem Boden der Gerechtigkeit lebenden sozialdemokratischen Klassen eine großzügige Lösung der Strafen aus der Not und Kampfszeit des neuen deutschen Staates. Wird das von der Rechten abgelehnt, so wird sich die ganze daraus entstehende Verantwortung gegen die Amnestieparteien richten müssen.

Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg

Der gemäßigten „Schlesischen Volkszeitung“ ist die Warnung der kirchlichen Kreise und besetzt in seine Warnung mit Recht auch den Kreis um die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg. Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg ist ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht. Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg ist ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht.

Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg ist ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht. Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg ist ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht.

Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg ist ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht. Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg ist ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht.

Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg ist ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht. Die Heberführung der rechtsradikalen Mörder in Mecklenburg ist ein Verbrechen, das die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht.

Der Steuerauspruch des Reichstages

Am Mittwoch den Entwurf des Einkommensteuergesetzes. Unter den Änderungen, die im Einkommensgesetz in der zweiten Lesung vorgenommen wurden, verdient besonders die Erweiterung des Begriffs der Einkünfte aus Gewerbebetrieb, der zuzurechnenden Beiträge, Erwähnung, wurde ein Antrag angenommen, der als Werbungsstellen bezeichnet „Aufwand des Arbeitnehmers für Arbeitsmittel (Werkzeuge und Dienstleistungen) sowie Ausgaben für die Fortbildung in dem Beruf, den der Steuerpflichtige ausübt.“ Weiter wurde ein Antrag angenommen, nach dem sich bei Steuerpflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 50 000 Reichsmark übersteigt, bei Versicherungsbeiträgen und Sparanlagen, zu sich der Steuerpflichtige in den Jahren 1923 bis 1926 vergrößert hat, der abfallende Betrag von 480 Mark auf 660 Mark erhöht, wenn der Steuerpflichtige mehr als fünfzig, aber nicht als 65 Jahre alt ist, auf 1200 Mark, wenn der Steuerpflichtige mehr als fünfzig und nicht mehr als 65 Jahre alt ist, auf 1440 Mark, wenn der Steuerpflichtige über 65 Jahre alt ist. Die Vorschriften gelten nicht, wenn der Steuerpflichtige einen Beruf oder eine Anwartschaft auf Ruhegehalt oder andere vererbende Bezüge von mehr als 2000 Mark im Jahre hat. demokratische Antrag, die Abzüge für Beiträge für Lebensversicherungen, Invaliden- und Krankenversicherungen usw. auf 1000 Mark zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Justizfragen im Landtagsauschuß

Im Hauptauschuß des preussischen Landtags am Montag die Beratung des Justizgesetzes. Der am 1. Juli 1925 benötigte Zulatz beträgt 123,5 Millionen. Die Justizverwaltung kostet also in Preußen pro Kopf 4,40 Mark. In diesem Jahre werden, wie der Justizminister betonte, etwa 54 Prozent der Ausgaben durch Steuern gedeckt.

Genosse Kuttner, der unter anderem die Höhe der Gehälter und die niedrige Entschädigung der Laienrichter und Genossen kritisierte, knüpfte in seiner Kritik an die Festsetzungen des Höfle-Ausschusses an. Diese Festsetzungen, so betonte Genosse Kuttner, müßten doch aus dem Justizministerium sehr zu denken geben. Die Höfle-Affäre sei schließlich nur ein Auschnitt aus der Barmat-Affäre, hier müsse einmal die Frage beantwortet werden, wie es überhaupt zu dem ganzen politisch aufgeblasenen Barmat-Ausbruch gekommen sei. Zwischen Staatsanwaltschaft und Justizprezesse hätten zweifellos die engsten Beziehungen bestanden, und das Justizministerium habe die Pflicht, die Herren, die Indiskretionen begangen haben, festzustellen. So eifrig die Staatsanwaltschaft in der Barmat-Affäre gewirkt, so schlapp sei sie, wenn es sich um den Schutz der Republik handle; noch immer lächerlich geringe Strafen für die Beschimpfung des republikanischen Staates und seiner Repräsentanten! Genosse Kuttner ließ den Magdeburger Prozeß, den Fall Kroner, das Kesseltreiben gegen das Reichsbanner, besonders den Striegauer Fall, und die vielen Einzelfälle Revue passieren, wo deutsch-nationale und völkische Richter sich in einer geradezu unerträglichen Art parteipolitisch betätigten. Justizminister von Jahnhoff bestätigte, daß verschiedene solche Fälle vorliegen. Wo besonders grobe Verstöße vorgekommen seien, sei die Oberstaatsanwaltschaft beauftragt worden, das Disziplinarverfahren einzuleiten. — Staatssekretär Frey gab eine ausführliche Darstellung über die Einwirkung des Barmat-Falles. Er gibt zu, daß die jungen Staatsanwälte einen bis zum Juni dieses Jahres verheerenden Ueberreiz an den Tag gesetzt hätten, den man nicht billigen könne. Den Indiskretionen gegenüber der Presse werde nachgegangen. Ende Dezember 1923, als der Verdacht der Untreue gegenüber Beamten der Staatsbank aufkam, seien zwischen Finanz- und Justizministerium Verhandlungen geführt worden.

Die Memel-Wahlen.

Memel, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das vorläufige amtliche Endergebnis der memelländischen Kreiswahlwahl bestätigt den bereits gemeldeten Erfolg der Sozialdemokratie. Abgelesen vom Kreis Memel, wo die Sozialdemokraten zum ersten Male mit fünf Abgeordneten in den Kreisrat eingehen, haben sie im Kreise Pogegen ihre Mandate von drei auf fünf erhöht. Im Kreise Pogegen, wo über 1000 Landarbeiter für Deutschland optiert haben und daher nicht wahlberechtigt sind, haben die Sozialdemokraten zwar eine Einbuße erlitten, behaupten aber ebenfalls fünf Sitze. Die Wahlbeteiligung war infolge der Heuernte leider außerordentlich schwach. Sie betrug nur 45 bis 50 Prozent. Trotzdem hat die Sozialdemokratie überdurchschnittlich gut abgeschnitten, ein erfreuliches Zeichen für die seit Jahresfrist hinausgeschobenen, jetzt aber in Aussicht stehenden Gemeindefreiwahlen. Ein Hauptmerkmal des Ausfalls der Kreiswahlwahlen ist der vollkommene Sieg des Autonomie-Blaues, dem auch die Sozialdemokraten angehören. Er hat die absolute Mehrheit in allen Kreisen gegenüber den Groß-Litauern. Im Kreise Memel, dem Hauptort der Groß-Litauer, behauptet der Block von 20 Mandaten 17, im Kreise Pogegen von 21 Sitzen 20 und im Kreise Pogegen von 21 Sitzen 19. Die Anstrengungen der Groß-Litauer, die, um Verwirrung zu stiften, in den einzelnen Kreisen bis zu zehn Wahllooschläge eingereicht hatten, sind vollkommen ergebnislos geblieben.

Rückwirkungen des polnisch-französischen Handelsvertrages.

Warschau, 14. Juli. (Drahtbericht.) Der am 9. Dezember 1924 unterzeichnete neue polnisch-französische Handelsvertrag ist schon in Kraft getreten. Wie bei dem früheren Vertrag von 1922 wird auch durch den neuen Handelsvertrag der Grundgedanke der Gegenseitigkeit auf zollpolitischem Gebiet nicht gewahrt. Frankreich erhält eine allgemeine Meißbegünstigung, Polen dagegen nur eine begrenzte für bestimmte Waren, die nach dem französischen Minimaltarif zu verzoollen sind. Für eine weitere Warengruppe erhält Polen eine territorial beschränkte Meißbegünstigung, die die polnische Ausfuhr vor deutscher und österreichischer Konkurrenz schützen soll: eine besondere Meißbegünstigung für jene Waren auf (insbesondere ostoberschlesische Erzeugnisse und Textilien), auf die automatisch alle Vergünstigungen ausgedehnt werden, welche französischerseits den österreichischen Waren zuerkannt werden. Sollten ferner Deutschland und Österreich bei gewissen anderen Waren günstiger behandelt werden, so ist Polen zur Kündigung des Vertrages berechtigt, wenn für seine Waren nicht die gleiche Vergünstigung zuerkannt wird. Unabhängig von der Meißbegünstigung sind prozentuale Zollermäßigungen für besondere Warenlisten vereinbart worden. Die polnische Seite ist zugestanden, Ermäßigungen, die sich ungefähr auf ein Viertel des polnischen Zolltarifs betragen, sind für die Einfuhr nach Polen von grundlegender Bedeutung, da sie auf Grund der Meißbegünstigung auch allen anderen Vertragspartnern Polens zugute kommen.

Offene Koalitionstribe in der Tschechoslowakei.

Prag, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Eisenbahnminister Stridny hat am Mittwoch dem Ministerpräsidenten seine Demission überreicht. Gleichzeitig wird von der Partei der tschechischen Nationalsozialisten (d. h. bürgerlichen Demokraten) mitgeteilt, daß auch der zweite Minister der Partei, Dr. Franke, der zuerst auf einer Studienreise in Frankreich weilt, zurücktreten wird, während Außenminister Dr. Benes, der ebenfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört, vorläufig im Amte bleiben soll. Die Sitzungen von Kammer und Senat wurden infolge dieser Regierungskrise am Mittwoch vorzeitig geschlossen. Das Parlament dürfte erst wieder im September zusammentreten. Der Grund des plötzlichen Rücktritts der nationalsozialistischen Minister ist in dem Konflikt der tschechischen Nationalsozialistischen Regierung mit dem Vatikan zu suchen. Die Regierungskoalition suchte eine parlamentarische Verhandlung der demonstrativen Abreise des Nuntius Marmaggi, die im jungen Lande das größte Aufsehen erregte, zunächst zu verhindern. Als jedoch der Zwischenfall von den deutschen Sozialisten im Senat zur Sprache gebracht und in beiden Häusern des Parlaments eine dringliche Interpellation zur Erörterung dieser Angelegenheit von ihnen eingereicht worden war, laten auch die tschechischen Nationalsozialisten ein Gleiches. Daraufhin entspann sich innerhalb der Koalitionsparteien ein scharfer Kampf um die Frage, ob diese Interpellationen zur parlamentarischen Aussprache zugelassen werden sollten. Am Dienstag und Mittwoch tagte die oberste Koalitionssitzung, ein zwanzigköpfiger Ausschuß. Hier beharrten die Nationalsozialisten auf ihrer Forderung nach Zulassung ihrer Interpellation und verlangten eine Entwarnung durch die gesamte Regierung. Ein amtlicher Bericht erklärt zwar, daß die vom Außenminister vorgeschlagenen Maßnahmen für die weitere Behandlung dieser Angelegenheit vom Ausschuß genehmigt worden seien; die Nationalsozialisten haben aber dennoch mit Rücksicht auf die illoyale Haltung der übrigen Koalitionsparteien ihre Minister aus der Regierung abberufen und erklärt, daß sie sich an weiteren Beratungen der Regierungskoalition nicht mehr beteiligen werden. Infolgedessen mußte auch die Verabschiedung der Wahlreformvorlage, die noch in der Mittwochsitzung des Parlaments erledigt werden sollte, auf die Herbsttagung verschoben werden.

Die Mitgliederzahl der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Der Mitgliederbestand der Sozialistischen Partei Frankreichs. Im offiziellen Parteiorgan der französischen Bruderpartei, dem „Populaire“, gibt unser Mitarbeiter, Genosse Paul Faure, der Generalsekretär unserer französischen Bruderpartei, die Mitgliederzahl der Sozialistischen Partei mit rund hunderttausend an. Zur Begründung dieser relativ geringen Zahl — vor allem, wenn man den ungeheuren politischen Einfluß der französischen Sozialisten berücksichtigt — verweist er zunächst auf die in Frankreich seit altersher verbreitete Abneigung gegen eine politische Organisation und auf den noch immer nicht unbedeutenden schädlichen Einfluß, den die Spaltung des französischen Proletariats auf die feste Organisation der Arbeitermassen ausübt. Darüber hinaus ist die Klassenstruktur des französischen Volkes, dessen größtenteils selbständige Landbevölkerung fast die Hälfte der ganzen Nation darstellt, für den schnellen Sieg des Sozialismus kaum günstig. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die französischen Sozialisten erst nach Überwindung der schweren inneren Krisen der Jahre 1922 und 1923 im letzten Jahre einen unaufhaltbaren Aufschwung genommen haben. Seit dem Januar des Jahres 1924 hat sich ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt.

Telephonate Erdbebenphotographien.

Telephonate Erdbebenphotographien. Hier Stunden nach dem Erdbeben von Santa Barbara wurden bereits die Neuzucker Zeitungen mit telephonierten Photographien beliefert, und tags darauf erschienen ganze Seiten voll telephonierter Erdbebenphotographien durch die amerikanische Presse.

Ein Erfindung in der Röntgenphotographie.

Ein neues photographisches Verfahren, das die gesamte Luftstrahlung auch im Röntgen neu gefaltet wurde, wurde auf dem Gut des Röntgenbesitzer des amerikanischen Ausschusses für Militärforschung, Wadsworth, vorgeführt, wobei Flieger in einer Gesamtheit von 9 Minuten Lichtbilder in der Luft aufnahmen, entwickelten und abwarfen. Bei dem neuen Verfahren kommt ein Film zur Verwendung, der bei der Entwicklung als positiver Abdruck erscheint.

Ein Untergrundbahn in Sydney.

Ein Untergrundbahn in Sydney. Die australische Hauptstadt Sydney hat mit ihren Vororten jetzt bereits mehr als eine Million Einwohner und kann den Verkehr mit den Suburbanen nicht mehr bewältigen. Deshalb wird jetzt eine Untergrundbahn mit einem Kostenanschlag von 10 Millionen Pfund gebaut, und außerdem soll eine Ringbahn mit besonderen Linien nach den östlichen und westlichen Vororten angelegt werden.

Blitzsturz vor 1000 Jahren.

Blitzsturz vor 1000 Jahren. Eine 200 Jahre alte alte Handschrift, die in der Bibliothek des Papstes in Vatikankonstantinopel aufbewahrt wird, enthält die erste Beschreibung eines Blitzsturzes, der vor 1000 Jahren in der Gegend von Konstantinopel stattfand. Die Handschrift ist in der Sprache des Mittelalters abgefaßt und enthält eine detaillierte Beschreibung des Ereignisses.

Ein neuer Mondknoten entdeckt.

Ein neuer Mondknoten entdeckt. Nach einem Telegramm aus Chamontz ist der Doigt de Kotala, ein früher unbewohnter Gipfel des Montblanc von 4600 Meter Höhe, durch den Bergsteiger Ceuterit erschlossen worden.

Brudermord aus Angst vor dem Sommer.

Brudermord aus Angst vor dem Sommer. In Altona, einer kleinen spanischen Ortschaft, hat der Rechtsanwaltliche Sohn einer Familie von zehn Kindern ein grausames Verbrechen begangen. Unter dem Vorwand, daß seine Mutter eine Affäre mit einem anderen Mann habe, habe er sie ermordet. Die Mutter war eine Affäre, nicht alle zehn Kinder erkrankten daran, führte er zu zwei seiner Brüder. Der Mord wurde am 1. Juli in Altona begangen. Die Handlung wurde durch den Bergsteiger Ceuterit erschlossen, der auf dem Gipfel des Montblanc von 4600 Meter Höhe war. Drei andere Soldaten wurden schwer verletzt.

Aus aller Welt.

Telephon London-Berlin.

Telephon London-Berlin. Eine holländische Firma ist damit beschäftigt, Pläne und technische Vorbereitungen für die Anlage eines Telephonkabels zwischen Deutschland und England auszuarbeiten. Innerhalb des Jahres soll ein direkter Telephonverkehr zwischen Berlin und London hergestellt sein.

Das dunkle Grotto.

Das dunkle Grotto. Eine Höhle des Dichters Klopstock, die der Bildhauer Brown geschaffen hat, wurde im Realgymnasium der Stadt Posen (dem Klub als Schüler angeheiratet) aufgestellt und öffentlich eingeweiht. In den zu diesem Anlaß gehaltenen Reden wurde bemerkt, daß Stadt und Land Grotto u. a. Klubausstattung Quelle und Material geboten hätten.

In den Bergen verliert — als Gerippe gekannt.

In den Bergen verliert — als Gerippe gekannt. Zwei junge tschechische Bergsteiger fanden laut „Sokol“ in der Höhe im hohen Tal in den rückwärts liegenden Grottoen der Geriborfer Spitze, wohnen sie sich im Nebel verliert hatten, auf einer Felswand das Gerippe eines Bergsteigers, das mit dem Sack um die Schultern und mit Fingerringen bedeckt an den Felsen gelagert war. Es handelt sich wahrscheinlich um die Leiche des Bergsteigers Emmerich Hler, der am 12. August 1919 auf einer Tour nach der Geriborfer Spitze verunglückte.

Wichtige Flugverträge zwischen Berlin und Hamburg.

Wichtige Flugverträge zwischen Berlin und Hamburg. Heute durch den Deutschen Aero-Club eröffnet. Der Flug von Berlin nach Hamburg 3,30 Uhr vormittags, an Berlin 10,45 Uhr; Berlin 4 Uhr nachmittags, an Hamburg 6,15 Uhr. Der Flug zurück beträgt 50 Mark.

Wegen Verpöpfung an Frau Dr. Hoffe ermittelt.

Wegen Verpöpfung an Frau Dr. Hoffe ermittelt. Frau Dr. Hoffe war, wie erinnerlich, nach der Verhaftung des Satten von Erdreich heimgeführt worden, die ihr Verpöpfungsmittel gegen ihren Satten in die Hände gegeben hatten. Wegen eines von den früheren Obersten Ustler, dem Schöffengericht freigesprochen worden war, verurteilte Strafmass des Landgerichts für Verpöpfung. Das Landgericht hat wegen Verpöpfung an Frau Dr. Hoffe ermittelt.

Die Memel-Wahlen.

Die Memel-Wahlen. (Eigener Drahtbericht.) Das vorläufige amtliche Endergebnis der memelländischen Kreiswahlwahl bestätigt den bereits gemeldeten Erfolg der Sozialdemokratie. Abgelesen vom Kreis Memel, wo die Sozialdemokraten zum ersten Male mit fünf Abgeordneten in den Kreisrat eingehen, haben sie im Kreise Pogegen ihre Mandate von drei auf fünf erhöht. Im Kreise Pogegen, wo über 1000 Landarbeiter für Deutschland optiert haben und daher nicht wahlberechtigt sind, haben die Sozialdemokraten zwar eine Einbuße erlitten, behaupten aber ebenfalls fünf Sitze. Die Wahlbeteiligung war infolge der Heuernte leider außerordentlich schwach. Sie betrug nur 45 bis 50 Prozent. Trotzdem hat die Sozialdemokratie überdurchschnittlich gut abgeschnitten, ein erfreuliches Zeichen für die seit Jahresfrist hinausgeschobenen, jetzt aber in Aussicht stehenden Gemeindefreiwahlen. Ein Hauptmerkmal des Ausfalls der Kreiswahlwahlen ist der vollkommene Sieg des Autonomie-Blaues, dem auch die Sozialdemokraten angehören. Er hat die absolute Mehrheit in allen Kreisen gegenüber den Groß-Litauern. Im Kreise Memel, dem Hauptort der Groß-Litauer, behauptet der Block von 20 Mandaten 17, im Kreise Pogegen von 21 Sitzen 20 und im Kreise Pogegen von 21 Sitzen 19. Die Anstrengungen der Groß-Litauer, die, um Verwirrung zu stiften, in den einzelnen Kreisen bis zu zehn Wahllooschläge eingereicht hatten, sind vollkommen ergebnislos geblieben.

Rückwirkungen des polnisch-französischen Handelsvertrages.

Rückwirkungen des polnisch-französischen Handelsvertrages. Warschau, 14. Juli. (Drahtbericht.) Der am 9. Dezember 1924 unterzeichnete neue polnisch-französische Handelsvertrag ist schon in Kraft getreten. Wie bei dem früheren Vertrag von 1922 wird auch durch den neuen Handelsvertrag der Grundgedanke der Gegenseitigkeit auf zollpolitischem Gebiet nicht gewahrt. Frankreich erhält eine allgemeine Meißbegünstigung, Polen dagegen nur eine begrenzte für bestimmte Waren, die nach dem französischen Minimaltarif zu verzoollen sind. Für eine weitere Warengruppe erhält Polen eine territorial beschränkte Meißbegünstigung, die die polnische Ausfuhr vor deutscher und österreichischer Konkurrenz schützen soll: eine besondere Meißbegünstigung für jene Waren auf (insbesondere ostoberschlesische Erzeugnisse und Textilien), auf die automatisch alle Vergünstigungen ausgedehnt werden, welche französischerseits den österreichischen Waren zuerkannt werden. Sollten ferner Deutschland und Österreich bei gewissen anderen Waren günstiger behandelt werden, so ist Polen zur Kündigung des Vertrages berechtigt, wenn für seine Waren nicht die gleiche Vergünstigung zuerkannt wird. Unabhängig von der Meißbegünstigung sind prozentuale Zollermäßigungen für besondere Warenlisten vereinbart worden. Die polnische Seite ist zugestanden, Ermäßigungen, die sich ungefähr auf ein Viertel des polnischen Zolltarifs betragen, sind für die Einfuhr nach Polen von grundlegender Bedeutung, da sie auf Grund der Meißbegünstigung auch allen anderen Vertragspartnern Polens zugute kommen.

Offene Koalitionstribe in der Tschechoslowakei.

Offene Koalitionstribe in der Tschechoslowakei. Prag, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Eisenbahnminister Stridny hat am Mittwoch dem Ministerpräsidenten seine Demission überreicht. Gleichzeitig wird von der Partei der tschechischen Nationalsozialisten (d. h. bürgerlichen Demokraten) mitgeteilt, daß auch der zweite Minister der Partei, Dr. Franke, der zuerst auf einer Studienreise in Frankreich weilt, zurücktreten wird, während Außenminister Dr. Benes, der ebenfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört, vorläufig im Amte bleiben soll. Die Sitzungen von Kammer und Senat wurden infolge dieser Regierungskrise am Mittwoch vorzeitig geschlossen. Das Parlament dürfte erst wieder im September zusammentreten. Der Grund des plötzlichen Rücktritts der nationalsozialistischen Minister ist in dem Konflikt der tschechischen Nationalsozialistischen Regierung mit dem Vatikan zu suchen. Die Regierungskoalition suchte eine parlamentarische Verhandlung der demonstrativen Abreise des Nuntius Marmaggi, die im jungen Lande das größte Aufsehen erregte, zunächst zu verhindern. Als jedoch der Zwischenfall von den deutschen Sozialisten im Senat zur Sprache gebracht und in beiden Häusern des Parlaments eine dringliche Interpellation zur Erörterung dieser Angelegenheit von ihnen eingereicht worden war, laten auch die tschechischen Nationalsozialisten ein Gleiches. Daraufhin entspann sich innerhalb der Koalitionsparteien ein scharfer Kampf um die Frage, ob diese Interpellationen zur parlamentarischen Aussprache zugelassen werden sollten. Am Dienstag und Mittwoch tagte die oberste Koalitionssitzung, ein zwanzigköpfiger Ausschuß. Hier beharrten die Nationalsozialisten auf ihrer Forderung nach Zulassung ihrer Interpellation und verlangten eine Entwarnung durch die gesamte Regierung. Ein amtlicher Bericht erklärt zwar, daß die vom Außenminister vorgeschlagenen Maßnahmen für die weitere Behandlung dieser Angelegenheit vom Ausschuß genehmigt worden seien; die Nationalsozialisten haben aber dennoch mit Rücksicht auf die illoyale Haltung der übrigen Koalitionsparteien ihre Minister aus der Regierung abberufen und erklärt, daß sie sich an weiteren Beratungen der Regierungskoalition nicht mehr beteiligen werden. Infolgedessen mußte auch die Verabschiedung der Wahlreformvorlage, die noch in der Mittwochsitzung des Parlaments erledigt werden sollte, auf die Herbsttagung verschoben werden.

Die Mitgliederzahl der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Die Mitgliederzahl der Sozialistischen Partei Frankreichs. Der Mitgliederbestand der Sozialistischen Partei Frankreichs. Im offiziellen Parteiorgan der französischen Bruderpartei, dem „Populaire“, gibt unser Mitarbeiter, Genosse Paul Faure, der Generalsekretär unserer französischen Bruderpartei, die Mitgliederzahl der Sozialistischen Partei mit rund hunderttausend an. Zur Begründung dieser relativ geringen Zahl — vor allem, wenn man den ungeheuren politischen Einfluß der französischen Sozialisten berücksichtigt — verweist er zunächst auf die in Frankreich seit altersher verbreitete Abneigung gegen eine politische Organisation und auf den noch immer nicht unbedeutenden schädlichen Einfluß, den die Spaltung des französischen Proletariats auf die feste Organisation der Arbeitermassen ausübt. Darüber hinaus ist die Klassenstruktur des französischen Volkes, dessen größtenteils selbständige Landbevölkerung fast die Hälfte der ganzen Nation darstellt, für den schnellen Sieg des Sozialismus kaum günstig. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die französischen Sozialisten erst nach Überwindung der schweren inneren Krisen der Jahre 1922 und 1923 im letzten Jahre einen unaufhaltbaren Aufschwung genommen haben. Seit dem Januar des Jahres 1924 hat sich ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt.

Telephonate Erdbebenphotographien.

Telephonate Erdbebenphotographien. Hier Stunden nach dem Erdbeben von Santa Barbara wurden bereits die Neuzucker Zeitungen mit telephonierten Photographien beliefert, und tags darauf erschienen ganze Seiten voll telephonierter Erdbebenphotographien durch die amerikanische Presse.

Ein Erfindung in der Röntgenphotographie.

Ein neues photographisches Verfahren, das die gesamte Luftstrahlung auch im Röntgen neu gefaltet wurde, wurde auf dem Gut des Röntgenbesitzer des amerikanischen Ausschusses für Militärforschung, Wadsworth, vorgeführt, wobei Flieger in einer Gesamtheit von 9 Minuten Lichtbilder in der Luft aufnahmen, entwickelten und abwarfen. Bei dem neuen Verfahren kommt ein Film zur Verwendung, der bei der Entwicklung als positiver Abdruck erscheint.

Ein Untergrundbahn in Sydney.

Ein Untergrundbahn in Sydney. Die australische Hauptstadt Sydney hat mit ihren Vororten jetzt bereits mehr als eine Million Einwohner und kann den Verkehr mit den Suburbanen nicht mehr bewältigen. Deshalb wird jetzt eine Untergrundbahn mit einem Kostenanschlag von 10 Millionen Pfund gebaut, und außerdem soll eine Ringbahn mit besonderen Linien nach den östlichen und westlichen Vororten angelegt werden.

Blitzsturz vor 1000 Jahren.

Blitzsturz vor 1000 Jahren. Eine 200 Jahre alte alte Handschrift, die in der Bibliothek des Papstes in Vatikankonstantinopel aufbewahrt wird, enthält die erste Beschreibung eines Blitzsturzes, der vor 1000 Jahren in der Gegend von Konstantinopel stattfand. Die Handschrift ist in der Sprache des Mittelalters abgefaßt und enthält eine detaillierte Beschreibung des Ereignisses.

Ein neuer Mondknoten entdeckt.

Ein neuer Mondknoten entdeckt. Nach einem Telegramm aus Chamontz ist der Doigt de Kotala, ein früher unbewohnter Gipfel des Montblanc von 4600 Meter Höhe, durch den Bergsteiger Ceuterit erschlossen worden.

Brudermord aus Angst vor dem Sommer.

Brudermord aus Angst vor dem Sommer. In Altona, einer kleinen spanischen Ortschaft, hat der Rechtsanwaltliche Sohn einer Familie von zehn Kindern ein grausames Verbrechen begangen. Unter dem Vorwand, daß seine Mutter eine Affäre mit einem anderen Mann habe, habe er sie ermordet. Die Mutter war eine Affäre, nicht alle zehn Kinder erkrankten daran, führte er zu zwei seiner Brüder. Der Mord wurde am 1. Juli in Altona begangen. Die Handlung wurde durch den Bergsteiger Ceuterit erschlossen, der auf dem Gipfel des Montblanc von 4600 Meter Höhe war. Drei andere Soldaten wurden schwer verletzt.

Stadt-Theater.
 Bestes Ensemble-Spiel
 von Mitgliedern des
 Wiener Burgtheaters
 3387
 Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr:
Ein wunderliches Wesen!

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Telefon Ring 2545.
 Täglich 8 Uhr:
Gefamigaffpiel
 des
Wiener Ronacher Theaters
„Hallo! Hallo!“
 Große Ausstattungs-Revue
 in 15 Bildern. 3288

Schlesisches Landorchester
 Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: 3311
Südpark-Konzert.
 Symphonie D-dur Mozart.

Victoria-Theater
 Tägl. 8 Uhr: **Internationale** im Saal
Ringkampf-Konkurrenz
 catch as catch can — Jeder Griff erlaubt
 Heute ringen:
 Dr. Weber gegen Tibermont
 Grünstein — Lomzig
 Besicke — Schazza
 Schwarz — Maschko 3313
 Revanchekampf:
 Slang gegen Touroff
 Vorher:
Schnucki als Beireier Badische
 2. Akt.
 Eintritt von 50 Pf. an.

Direkt aus Fabrik
 ohne jeden Zwischenhandel
 liefern wir für
 Mk. **230** per Liter
 einschließl. Steuer den berühmten
Alten Breslauer
 35%
 Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
320 360 per Liter
 von Rosenissem. Flaschen mitbringen.
 Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
 Nützenstraße 48.

**Wer seinen Gegner schlagen will,
 der muß ihn kennen!**
 Soeben erschienen:
**Kampfmeyer:
 Der Nationalsozialismus
 und seine Gegner.**
 Eine 60 Seiten starke Broschüre, die voll-
 ständigen Aufschluß über das Wesen und
 die Herkunft der Finzenes des National-
 sozialismus gibt.
 Preis 60 Pf., anwärts 10 Pf. Porto.
Volksbuchhandlung
 Breslau III, Neue Grapenstraße 5

Fußball - Stiefel

Telegramm

Großer Reklame-Verkauf

Rieser- Posten mit Lackkappe, Gr. 31/35	2 90	Rieser- Posten Rindbox Gr. 35/36	3 65
Damen-Lack-Schnürschuh elegant, geschweilter Absatz, Gr. 35/38	8 90	Damen-Gebirgs-Stiefel schwarz Rindb., feste Lasche, 36/42	10 50
Herren-Rindbox-Schnürschuh	7 90	Damen-Spangenschuh Sandaletts und Dorn-Schmalte, 35/42	6 75
Herren-Halbschuh mit Einsatz	10 75	Damen-Schnür-Halbschuh mit halbem und hohem Absatz	5 90
Herren-Gebirgs-Stiefel feste Lasche, wasserdichtes Futter	12 90	Damen braun Snangenschuh Sandaletts und Gitterspange	7 15
Rindleder-Sandalen allerbeste Qualität	3.00 3.60 4.40 5.25 6.25	Flexible-Sandalen, Prima Fabrikat Gr. 18/22 23/26 27/30 31/35 Dam. Herren	3.30 3.90 4.80 5.60 6.70 7.25
Turnschuh mit Chromleder-Sohle	27 30 31 35 36 42	Sandalen, Segelfuch mit Leder-Garn. Gr. 20/24 25/26 27/30 31/35 Dam. Herren	1.35 1.50 1.80 2.15 2.40 2.85
Kinder-Stiefel Größe 18 21	1 45	Kinderstiefel mit braunem Einsatz Gr. 21/24	2 65

**Hundert Paare
 feinste Damen - Borkalf - Schnürschuhe** **10 90**
 Original Goodyear-Welt Preis

Reich & Glücksmann **Gartenstr. 37 hpt.**
 neben dem Konzerthause. Kein Laden.

Volks-Schuhhaus Fischer
Gräbschener Straße 82
 neben der Eisenbahn-Unterführung.
Reit - Stiefel

**Ab 16. Juli:
 Lappländerschau**
 im „Zoo“
 Normadentruppen mit Rentieren u. Polarhunden
 Wochentagsvorführungen | Sonntagsvorführungen
 vorm. 11 Uhr, nachm. 4 u. 6 1/2 Uhr | vorm. 11, nachm. 2 1/2, 4 1/2 u. 6 Uhr.

**Mitglieder der Partei
 und vom Kaufmann-Bereich kaufen**
Gardinen Stores
 nur bei
Julius Fein
 Junfermannstr. 14 (kein Laden)
 vis-à-vis Rüsting

Berühmte unsere Lieferanten!

Schillergarten Oswitz
 Heute sowie jeden Donnerstag
Gemütliches Tanzkränzchen
 Angenehmes Familienlokal. — Schöner, schattiger Garten.

Herren- u. Damenräder
 auch auf Leihzahlung, gibt ab Fahrradhandlung, Breslau
 Neumarkt 38 und Schwendefeldstraße 7.

**Herrenhüte
 und Mützen**
 beste deutsche Fabrikate
 moderne Formen und Farben
Robert Schuppe
 BRESLAU
 Nikolaistraße 34. 1018 5

Danska Bündel
 von
Grimm & Triepel
 der feine milde
Kautabak

Gegen Regenwetter bieten Schutz:
Oelmäntel, Oeljacken
Oelpelerinen, in Qualitäten
Roßplatz 28 (Benderplatz)

Kochmann's Liköre
 bei jedera feste
 das Beste!
 SPIRITUOSEN
 Sie kaufen gut u. billig
 Weinbrand, Rum u.
 Liköre bei **D. Kochmann**
 Breslau, I. nur Weidenstraße 25

**Wohlauf, die Luft
 geht frisch und rein**
 und 50 andere Wanderlieder
 von Viktor r. Scheffel
 hübsch gebunden
 nur 30 Pf.

**Im schwarzen Wal-
 fisch zu Askalon**
 und 25 andere Raublieder
 von Viktor r. Scheffel
 hübsch gebunden
 nur 30 Pf.
 verkauft, soweit noch vorhanden, die
Volksbuchhandlung
 Breslau III, Neue Grapenstraße 5.
 Auswärtige senden das Geld, zuzüg-
 lich 10 Pf. Porto pro Band, vorher ein.

Arbeitsmarkt
 Gebildetes junges Mädchen
 mit guten Kochkenntnissen wird als
Praktikantin
 für die Küche gesucht. Gelegenheit zur weiteren
 Ausbildung vorhanden. — Angaben mit Lebens-
 lauf, Bild, Referenzen an die leitende Schwester
 Margarethe Junglau.

Luxus-Schuhwaren

Reit - Stiefel

Spottbilliges Angebot
 in neuen und getragenen
Herren - Sachen
 Gebr. Anzüge v. 10 Mk. an
 - Paletots 5 „ „
 - Jacketts 3 „ „
 - Westen 1 „ „
 - Schirme 1 „ „
 - Hüte 1 „ „
 Neu pr. Stoffhosen 5.00
 Arbeits-Hosen 4.25
 Frack-, Gehrock- und
 Cateway-Anzüge billigst
 Weißburger Straße 3.

3. Wollserge
 Rtr. 1.40-2.00 Rtr., Käper
 Rtr. 70 Pf., Gehwand Rtr.
 45 Pf., bis 1.30 Rtr., Sermel-
 futter 90 Pf., bis 1.30 Rtr.,
 Ganz 1000 Meter in allen
 Breiten 40 bis 90 Pf., 3000
 Sermel 700 Gramm 65 Pf.
 Berthold Lippert,
 Heinrichstraße 16.

Lachen links!

**Das Witzblatt
 der Republik**
 Heft 28 Pf. anw.

Zu beziehen durch die Buch-
 handlung „Volksrecht“ und
 an die Zeitschriftenverlage.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftsbund, Zimmer 36

Die Partei... Gewerkschaftsbund... Zimmer 36... Telefon: Ohle 5552.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Juli.

Zum Brotwucher noch der Mietwucher!

Die schwere Belastung der Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft durch die Zollvorlage genügt den Ausbeutern noch lange nicht. In aller Stille haben die Regierungsparteien die Steuerregelung der Hauszinssteuer...

Die Länder und nach näherer Bestimmung des Landesrechts die Gemeinden erheben von dem bebauten Grundbesitz eine Steuer. Zu dem bebauten Grundbesitz im Sinne dieser Verordnung gehören auch gewerblich genutzte sowie landwirtschaftliche Gebäude.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens hundert Prozent der Friedensmiete betragen.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens hundert Prozent der Friedensmiete betragen.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens hundert Prozent der Friedensmiete betragen.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens hundert Prozent der Friedensmiete betragen.

haben, so soll also rund eine Milliarde neuer Lasten auf diesem Wege erbracht werden.

Aus den Beschlüssen des Reichstagsausschusses, die ja wahrscheinlich vom Reichstag bestätigt werden, kann der erzkreuzte Mieter ersehen, daß er spätestens am 1. April 1926 die volle Friedensmiete zu zahlen hat.

Die Rettung beginnt.

Also, jetzt beginnen sie wirklich mit dem versprochenen Rettungswerk. Es hat zwar ein bißchen lange gedauert, ehe sie sich über den großen Wurf einig wurden.

Sorgenfrei

Illustrierte Familienzeitschrift mit Versicherung. Im eigenen Interesse!

Unterzeichnet erlaubt sich auf die neue vom Reichsausschuss genehmigte Sterbegeldversicherung „Sorgenfrei“ aufmerksam zu machen.

Die Neue Concordia A.-G. in Köln a. Rhein im Konzern der „Vaterländischen“ versichert die Abonnenten. Welchen hohen Vorteil bietet die Versicherung „Sorgenfrei“ den Abonnenten?

Die Vaterländischen sind wirklich ganze Kerle. Mit diesem Rettungswerk, das gegen Hindenburg, der mit der „Rettung“ noch immer nicht begonnen hat, eigentlich ein Mißtrauensvotum bedeutet, mit diesem Rettungswerk auf Kosten derer, die nicht alle werden, verbindet sie auch noch das politische Geschäft.

Wir haben des öfteren an dieser Stelle nachgewiesen, daß mit der Versicherung in bürgerlichen Versicherungen wesentliche Nachteile verbunden sind. Wir brauchen uns hier nicht wiederholen, zumal es für den Arbeiter, Angestellten und Beamten ja nur eine Versicherung gibt, in der er vor Uebervorteilung geschützt ist: Die Volksversicherung.

Generalanzeigerweishheiten.

Mühen wir erst kurzlich auf die Unkenntnis des hiesigen Generalanzeigers hinsichtlich der Verfassung von Weimar hinweisen, so sehen wir uns heute genötigt, einen geradzuj staunenswerten Mangel an Geschäftskennntnis bei ihm festzustellen.

So ist es also dem Generalanzeiger tatsächlich entgangen — jenes echt königliche Wort, mit dem der letzte trunkreudige Sachjenkönig von dem Thron seiner Väter Abschied nahm, jenes Wort, „es lohrt von dem hohen“ Verantwortungsbewußtsein gegenüber Volk und Staat zeugt, das diesen fürstlichen Herren eigen war: „Macht sich eini Dreck alleine!“

Ein weitererhütterndes Ereignis hat sich begeben: der deutsche Extronprinz ist neulich in einem Junders-Verkehrslugezeug von Berlin nach Breslau gestiegen — als Passagier natürlich — und sofort muß der Generalanzeiger diesem „wichtigen“ Geschehnis einige seiner kostbaren Zeilen opfern.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens hundert Prozent der Friedensmiete betragen.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens hundert Prozent der Friedensmiete betragen.

Die Reichsregierung legt mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. Am 1. April 1926 müssen die Mieten mindestens hundert Prozent der Friedensmiete betragen.

gelegt, der sich je nach den Richthäten der Gemeinde auf durchschnittlich 10 bis 25 Mark monatlich beläuft. Das ist alles, ist aufreißend wenig.

Doch es gibt unzählige invalide Witwen, ergraute Veteraninnen — immer wieder erscheinen sie in den Bürgerversammlungen, in den Versammlungen der Invaliden — die keinen Pfennig Witwenrente und damit auch keine Zulagen aus der Sozialrentnerfürsorge erhalten.

Wir müssen uns fragen: Was haben all diese Frauen, die doppelt schwer im Leben heimgesucht sind, denn verbrochen, gänzlich aus den Leistungen der Invalidenversicherung und der Sozialrentnerfürsorge ausgeschaltet zu sein? Es liegt hier eine tiefstehende Geschehnisse vor, deren Beseitigung so schnell wie möglich durchgeführt werden muß.

Jubiläum der Jahstille Breslau

des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer. Die Jahstille feierte ihr 25jähriges Bestehen am 12. Juli in sämtlichen Räumen der Erholungsstätte der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Zimpel.

Der Ausmarsch erfolgte vom Festplatz aus unter Vortritt einer Musikkapelle.

Nach einem Begrüßungsliede des Männergesangsvereins „Sängerhort“ und Eröffnung der Feier durch den 1. Vorsitzenden Kollegen H a j t e, wies der Mitbegründer der Jahstille, Genosse Stadtrat K e u l t z a u f die Schwierigkeiten hin, unter denen die Organisationen früher aulande kamen.

Nachdem ergriff der Vorsitzende der A.O., Genosse Stadtrat S e n f, das Wort, und legte in seinen Ausführungen den Ausweisenden die Bedeutung des Erholungsheimes der Allgemeinen Ortskrankenkasse dar.

Bis in die späten Abendstunden blieben die Anwesenden in froher Weise zusammen, erfreut durch Vortrag einiger Lieber des Gesangsvereins.

Einige Jahstillen hatten durch Delegierte ihre Anteilnahme am 25jährigen Bestehen der Jahstille Breslau bekundet und mehrere handten Glückwünschtelegramme.

So hat die Feier des 25jährigen Bestehens den Kollegen wieder Mut und Kraft zu weiterer gemeinsamer Tat gegeben. Mit „Vollkampf“ voraus!

Gegen die drohende Verschlechterung der Wochenhilfe-Verordnung

hatte der Ortsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes für den gestrigen Abend eine Protestversammlung nach dem Gesellschaftshaus „Bratislawia“ einberufen. Ein kürzlich vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteter Gesetzentwurf hat zum Ziel, die Verordnung über die Wochenhilfe zu verschlechtern.

Die Durchführung des Grundschulgesetzes.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Entsprechend der Erklärung des Kultusministers am 3. Juli d. J. im Preussischen Landtag hat der Minister durch einen Erlass vom 7. Juli dieses Jahres angeordnet, daß auch die wegen körperlicher Schwäche vom Grundschulbesuch befreiten Kinder unter den gleichen Bedingungen wie die Schüler der Grundschule schon nach dreijährigem Schulbesuch zur Aufnahmeprüfung für eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden können.

Ein breslauer Witzling.

Das Große erweiterte Schöffengericht verhandelte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen den 40 Jahre alten Arbeiter Carl Kall aus Wilitzau wegen Betrübens des Stillschließens. Der über beinahe 20 Jahre im Gefängnis verbrachte Mann, der sich in seiner Jugend und manchen Jahren als Schiffschiffer betätigt hat, wurde wegen Betrübens des Stillschließens zu einer Freiheitsstrafe von 10 Jahren verurteilt.

Das neue Wahlgesetz für die Kreis- und Provinziallandtage in Preußen.

Von G. Stowig, R. v. R. Klettendorf

Nachdem durch Beschluß des Preussischen Landtags die bestehenden Kreis- und Provinziallandtage nur noch bis zum 1. November d. Js. in Tätigkeit bleiben, war es vor allen Dingen notwendig, ein gleichmäßiges, den Erfordernissen entsprechendes Wahlgesetz zu schaffen. Diese Aufgabe war dem Vier Ausschuss zugewiesen, der so alle kommunalpolitischen Gesetze auszuarbeiten hat. Der Entwurf der Regierung fand aber nicht die erhoffte Gegenliebe im Ausschuss, ganz besonders aber wurde die Bestimmung bekämpft, wonach die Kreise in Wahlbezirke geteilt werden. Es gelang auch der Mehrheit, diese Verschlechterung, die in erster Linie den Deutschnationalen zugute gekommen wäre, abzuwehren. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Regierungsvertreter, der zum Ausdruck brachte, daß die Kreise, die von den Unfällen in der Provinz den größten Teil aufbringen, auch größere Rechte zu beanspruchen hätten, als dem Pluralwahlrecht das Wort redete. Nach eingehender Aussprache einigte sich die Mehrheit auf folgender Grundlage.

Zahl der Provinziallandtags-Abgeordneten.

Bei einer Einwohnerzahl bis 2 Millionen entfällt auf je 25 000 ein Abgeordneter, innerhalb der dritten Millionen auf 35 000, innerhalb der vierten Million auf 50 000, innerhalb der fünften Million auf 75 000 und innerhalb der sechsten Million auf je 100 000 mit der Maßgabe, daß die Zahl der Abgeordneten mindestens 30 betragen muß, in Hohenzollern aber nur 24. Als Grundlage gilt die letzte Volkszählung; 1919 hatte Niederschlesien 2 990 000 Einwohner, es entfällt also auf die Volkszahl von 35 000 ein Abgeordneter, so daß 85 Abgeordnete zu wählen sind. In Oberschlesien, das 1 270 000 Einwohner hat, kommt auf je 25 000 Einwohner ein Abgeordneter, der Landtag besteht also aus 50 Abgeordneten.

Die Wahlzeit ist auf 4 Jahre festgelegt, die alten Abgeordneten aber bleiben bis zur amtlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses in Tätigkeit. Durch Beschluß sind den Abgeordneten die notwendigen baren Auslagen und der nachweislich entgangene Arbeitsverdienst zu ersetzen oder ein angemessener Pauschalbetrag zu gewähren.

Wahlrecht.

Wahlberechtigt sind diejenigen über 20 Jahre alten Frauen und Männer, die in der Provinz ihren Wohnsitz haben, nach Vollendung des 25. Lebensjahres aber auch wählbar. Die Wählerlisten sind 5 Wochen vor dem Wahltag 14 Tage lang öffentlich auszulegen, über Einsprüche entscheidet innerhalb einer Woche der Gemeindevorstand. Wird der Einspruch als unbegründet angesehen, so hat die zuständige Behörde (Bezirksausschuss) innerhalb 14 Tagen endgültig zu entscheiden. Im übrigen hat sich am Wahlrecht selbst nichts geändert und auch bei diesen Wahlen können Wahlsteine bei Verzug u. m. abgegeben werden.

Wahlverfahren.

Jeder Stadt- oder Landkreis bildet einen Wahlbezirk, doch sind solche, auf die nach der Einwohnerzahl nicht mindestens ein Abgeordneter entfällt, vom Provinzialausschuss dem Nachbarkreis anzuschließen.

In jedem Wahlbezirk sind Wahlvorschläge, von mindestens 10 Wahlberechtigten unterschrieben, einzureichen, die falls sie für den Regierungsbezirk oder die ganze Provinz ein gemeinsames Kennwort tragen (zum Beispiel SPD.) gegenüber als verbunden gelten. Eine Verbindungsliste aber ist an und für sich nicht gestattet. Vor der Verteilung der Abgeordneten-Sitze wird zunächst die Gesamtzahl der in der Provinz abgegebenen gültigen Stimmen durch die Einwohnerzahl festgestellte Zahl der Provinziallandtagsabgeordneten geteilt und auf diese Weise festgelegt, auf wieviel gültige Stimmen ein Abgeordneter entfällt (Verteilungsschlüssel).

Sodann wird festgestellt, wieviel Abgeordnete auf die einzelnen Gruppen von Wahlvorschlägen mit gemeinsamen Kennwort entfallen (Oberverteilung). Hierbei werden jeder Gruppe so viele Abgeordnete zugewiesen, als sich die Zahl der für die Gruppe abgegebenen gültigen Stimmen durch die Verteilungsschlüssel voll teilen läßt. Hiernach noch unverteilte Sitze werden nach der Reihenfolge der Höhe der Reststimmen verteilt. Bei gleichen Reststimmen entscheidet das Los. Reststimmen sind diejenigen Stimmen, die bei der Verteilung durch die Verteilungsschlüssel übrig oder wenn sie von vornherein hinter ihr zurückbleiben.

Dabei aber sind die Parteien, die in keinem Wahlbezirk mindestens die einfache und in der ganzen Provinz nicht mindestens die doppelte Verteilungszahl erreicht haben, auszuscheiden. Dadurch will man die unheilvolle Bildung der Splitterparteien erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Die Abgeordnetenliste werden nacheinander zunächst auf die einzelnen Regierungsbezirke der Provinz nach der Einwohnerzahl verteilt.

Innerhalb eines jeden Regierungsbezirks werden die ihm zugefallenen Abgeordneten zunächst auf die Gruppen von Wahlvorschlägen mit gemeinsamen Kennwort und sodann auf die einzelnen Bezirkswahlvorschläge verteilt. Die Verteilung geschieht auf Grund einer für die Regierungsbezirke festgestellten

Verteilungszahl, die sich aus der Teilung der Gesamtzahl der im Regierungsbezirk abgegebenen gültigen Stimmen durch die Zahl der ihm zugefallenen Sitze ergibt. Es sei hier ein Beispiel angeführt. Die Provinz Niederschlesien hat rund 2 990 000 Einwohner, auf je 35 000 ein Mandat, gleich 85 Abgeordnete. Auf den Regierungsbezirk Breslau entfallen 1 615 150 Einwohner, danach 50, auf Siegnitz, 1 176 583 Einwohner, 35 Mandate. Insgesamt sind in der Provinz 1 700 000 gültige Stimmen abgegeben, der Schlüssel zur Oberverteilung ist also 20 000.

Die Parteien sind beispielsweise wie folgt abgeteilt:

	Stimmen	Mandate	Reststimmen
1. SPD.	500 000	30	—
2. Deutschnationalen	400 000	20	—
3. Zentrum	252 000	12 u. 1	12 000
4. Deutsche Volkspartei	148 000	7	8 000
5. Deutsche Demokratische Partei	100 000	5	—
6. FDP.	91 000	4 u. 1	11 000
7. Landliste	69 000	3	9 000
8. Wälfische	40 000	2	—
Insgesamt:	1 700 000	88 u. 2	—

Nun ist der Schlüssel für den Regierungsbezirk zu suchen, um die einzelnen Abgeordneten zu bestimmen, von denen wie schon oben gesagt, auf den Regierungsbezirk Breslau 50, auf Siegnitz 35 entfallen.

Das Stimmenergebnis sieht (Beispiel) folgendermaßen aus:

Regierungsbezirk Breslau.

	Stimmen	Mandate	Reststimmen
1. SPD.	380 000	17	6 000
2. Deutschnationalen	268 000	12	4 000
3. Zentrum	164 000	7 u. 1	10 000
4. Deutsche Volkspartei	103 000	4 u. 1	12 000
5. Deutsche Demokratische Partei	70 000	3	4 000
6. FDP.	50 000	2	6 000
7. Landliste	40 000	1 u. 1	18 000
8. Wälfische	28 000	1	6 000
Insgesamt:	1 100 000	47 u. 3	—
Verteilungsschlüssel:	22 000		

Regierungsbezirk Siegnitz.

	Stimmen	Mandate	Reststimmen
1. SPD.	220 000	12 u. 1	14 484
2. Deutschnationalen	132 000	7 u. 1	11 959
3. Zentrum	88 000	5	2 255
4. Deutsche Volkspartei	48 000	2 u. 1	13 714
5. Deutsche Demokratische Partei	30 000	1 u. 1	12 857
6. FDP.	41 000	2	6 714
7. Landliste	29 000	1	11 857
8. Wälfische	12 000	0 u. 1	12 000
Insgesamt:	600 000	30 u. 5	—
Verteilungsschlüssel:	17 143		

Während also vom Regierungsbezirk Breslau zu einem Mandat 22 000 Stimmen notwendig sind, genügen im Regierungsbezirk Siegnitz 17 143 zu einem solchen, und damit ist das klare Verhältnis festgelegt, was eine Folge der geringen Wahlteilnahme im Regierungsbezirk Siegnitz ist. Trotzdem aber glaube die Mehrheit des Ausschusses, in Rücksicht auf die lautgewordenen Wünsche aus den einzelnen Bezirken diese Verteilung vorzunehmen.

Rechnet man nun die sämtlichen Mandate zusammen, so wird man in anderem Beispiel feststellen, daß die Deutsche Volkspartei infolge der Reststimmen einen Sitz zu viel, die SPD. aber einen weniger erhält, als nach der Oberverteilung festgelegt wurde. Aber wird der ersten im Regierungsbezirk Siegnitz das Mandat der Reststimmen zugewiesen und der SPD. zugewiesen, obwohl diese erheblich weniger Reststimmen hat als die Deutsche Volkspartei. Ob sich diese Einrichtung bewähren wird, ist eine Frage, über die erst nach den Wahlen geurteilt werden kann.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und erhalten die Stadt- und Landkreise zwei Drittel der Kosten von der Provinz erlegt. Wahlleiter für die Provinz ist der Provinzialausschuss, in der Stadt der Gemeindevorstand und in den Landkreisen der Kreisamtschef.

Wahlverfahren.

Der Provinzialausschuss stellt das Wahlergebnis fest und gibt es öffentlich bekannt. Jeder Wahlberechtigte kann innerhalb vierzehn Tagen danach Einspruch bei dem Provinzialausschuss einlegen, doch entscheidet der neue Provinziallandtag über die Einsprüche sowie über die Gültigkeit der Wahl. Dem Provinzialausschuss steht aber das Recht der Klage im Verwaltungsrechtverfahren offen, die binnen zwei Wochen nach dem Beschluß des Preussischen Landtages zu erheben ist. Dasselbe Recht steht aber auch dem zu, der den Einspruch erhoben hat, ebenso wie auch dem, dessen Wahl für ungültig erklärt wurde.

Wird ein Mandat durch Tod, Verzug, Ungültigkeit oder Niederlegung frei, so folgt der nächste Bewerber von demselben Wahlvorschlag. Die Reihenfolge kann aber durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner geändert werden, die innerhalb zwei Wochen nach Freiwerden dem Provinzialausschuss mitzuteilen ist.

Kreislandtagswahlen.

In diesem zweiten Teil der Vorlage wird das Wahlrecht für die Kreislandtage geregelt, doch finden die einzelnen Paragraphen des ersten Teils, soweit sie angängig, entsprechende Anwendung. Die Zahl der Kreislandtagsabgeordneten beträgt in Kreisen mit 30 000 oder weniger Einwohnern 20. Sie erhöht sich in Kreisen mit mehr als 30 000 bis zu 50 000 Einwohnern für jede angefangene 5 000 und in Kreisen mit mehr als 50 000 Einwohnern für jede angefangene weiteren 10 000 Einwohner um je 1 Landtagsabgeordneten.

Jeder Kreis bildet einen Wahlbezirk, der nur in Abstimmungsbezirke gliedert und sind die Wahlvorschläge für den ganzen Kreis aufzustellen; wie in der Provinz 10 Unterschriften. Damit waren die Deutschnationalen zufrieden, die aber die Verteilung schon infolge der allgemeinen Ablehnung bei der ersten Beratung, nicht mehr so energisch führten. Mit ihrem ganzen Einfluss und unter tatkräftiger Hilfe des reaktionären Herrn von Cernow von der Deutschen Volkspartei aber veranlaßten die Herren zu erzielen, daß die Verbindung der Listen gestattet sei. Das aber haben die Regierungsparteien und die Kommunisten einstimmig abgelehnt, obwohl letztere außerordentlich verschnupft waren, auf Drängen des Zentrums mit Hilfe der Rechtsparteien sehr scharfe Geschäftsordnung beschlossen wurde. Vergeblich suchte die S. P. D. dieses reaktionäre Gebilde zu nichte zu machen, es war aber ohne Erfolg, jedoch die S. P. D. zum Schluss entgegen das Gesetz Stimmen zu stellen.

Herr von Cernow hat ja schon vorher erklärt, daß die Listenverbindung nicht möglich ist, sie an der Wahlberatung der Vorlage kein Interesse mehr zu haben. Sie glauben, nun wird die Mehrheit des Ausschusses zugewonnen werden, oder sich schließlich gar verlagen.

Aber die Herren täuschen sich, denn die erste Sitzung im Reich wurde durchgenommen, trotz ihrer Schluss- und Berichtigungsanträge und der Vorherrschaft, anler Genosse Haas-Klein, die durch nichts aus der Ruhe bringen.

Wertvolle Arbeit hat unter Genosse Leinert-Hannow geleistet, der aller Widerstände zum Trotz in das Gesetz danken hineingearbeitet und es dadurch erheblich gegenüber der Regierungsvorlage verbessert hat.

Am 7. September soll die 2. Lesung im Reichstag stattfinden und sollte diese Vorlage Annahme finden, so werden die Wahlen für den Kreis- und Provinziallandtag am 15. November, als den frühesten Termin, vorgenommen.

Unseren Genossen rufen wir zu: Bereitet alles vor, die Säugigen auf, jetzt für Munition zum Wahlkampf: dann: Rann an den Feind!

Breslau (Land)-Neumarkt.

Breslau. Einen republikanischen Tag verlebte am vergangenen Sonntag die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, welcher zeigen sollte, es auch bei uns Republikaner gibt. Breslau hat das Zeichen von Schwarz-Rot-Gold. Die Straßen sind reichlich geschmückt, lei es mit Fahnen oder Girlanden.

Frühe republikanische Stimmung in unserem Ort kam zum Ausdruck, daß die Frauen den Kameraden Blumen zum Aufhängen an ihre Hüften „Frei-Heil“-Köpfe unseren Ort. Trotz der Reaktion uns gewöhnt hat, es sollte Mittag regnen, was es ein herrlicher Sommertag, wie es bei Republikanern üblich ist; denn der Petrus hält treu zurück.

Wir danken herzlich dem Festredner, Kamerad W. in sowie allen Kameraden, die uns tatkräftig unterstützten haben. — Und nun zum eigentlichen Fest. Punkt 6 begann das Reden, welches dem Brodauern klar machen sollte, was für ein wichtiger Tag heute ist. Mittag 1.50 Uhr trafen Ortsgruppen der Umgebung mit ihren Fahnen ein. Es wurden die Breslauer Kameradschaften begrüßt. Nachdem die Kameraden etwas ausgerastet hatten, erfolgte der Abmarsch dem Ritzplatz, wo die Festrede gehalten wurde. Der Begrüßungsansprache des Ortsvereinsvorsitzenden, Kamerad Unruh, trug die Frau des Kameraden Thiering einen ganz persönlichen Prolog vor. Nun erfolgte die Festrede des Kameraden Winter, in welcher er den Reichsbanner-Gebanten, sowie untrüben Farben Schwarz-Rot-Gold schilderte. Nach der Begrüßung formierten sich die Kameraden zum Umzug durch die Straßen Breslaus, wo sie von der Bevölkerung herzlich begrüßt wurden.

Anschließend daran wurde am Kriegerehrenmal Aufstellung genommen zwecks Niederlegung eines Kranzes. Kamerad Gedächtnis der gefallenen Kameraden im Weltkrieg und letzte Kranz mit den Worten: „Nie wieder Krieg“ nieder. Der Umzug endete in der Festhalle zu Hiesler, wo die Kameraden lange Zeit vereint zusammenliefen. Alles in allem ein Ehrentag der Republik.

Über-Stephansdorf. Gestohlen wurde dem Landwirt Karjunkte, während sich die Familie auf dem Fest der Wälfische, Anzüge, Lebensmittel und 300 Mark. Der Schaden ist ungemein hart treffen. Von dem Diebe fehlt bis jetzt Spur; hoffentlich sind aber die Ermittlungen mit Erfolg geendet.

Carlswitz-Schottwitz. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Freitag, den 17. Juli, findet bei Wiedemann in Schottwitz die fällige Monatsversammlung statt. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht eines jeden Kameraden, zu erscheinen. Gruppenführer treffen sich eine Stunde vorher.

Am 13. Juli verschied infolge Herzschlages in Wilmersdorf-Berlin

Herr Oberbürgermeister

Dr. Erdmann

aus Waldenburg.

Mit ihm ist ein besonders befähigter, großzügiger und erfolgreicher Kommunalleiter geschieden.

Lange Jahre war er uns im Vorstand des Schlesischen Städtetages ein lieber und angenehmer Mitarbeiter und Kollege, dem wir stets ein ehrendes Gedächtnis widmen werden.

Breslau, den 15. Juli 1925.

Dr. Wagner

Oberbürgermeister, Vorsitzender

Esay

Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender

Dr. Meußner

Oberbürgermeister, stellv. Vorsitzender

Salomon

Geschäftsführer

Druckerei Volkswacht

Breslau 2, Pflanzstraße 4-6.

Am 14. Juli, mittags 12 Uhr, verstarb nach längerer Krankheit, unser Mitglied

Willi Peschel

im Alter von 39 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Freiwilligen Sterbekasse der Schloßfabrik Dorndorf.

Beerdigung: Freitag, nachm. 5 Uhr vor der neuen Leichenhalle in Oswitz ans. Tor 6.

Zentralverband der Schloßmacher

Am Dienstag, den 14. Juli, verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied

Willi Peschel

im Alter von 39 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau Beerdigung: Freitag, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr in Oswitz, Tor 6.

Die Neuzugänge gegen Frau Pahl nehme ich gerad und teile Hobbe. O. Heusch.

Möbel

aus erster Hand oder am billigsten Ganze

Wohnungs-Einrichtungen

Rüchen Einzel-Möbel

bei bequemen Teilzahlungen u. kleinen Anzahlung.

Gustav Baumbach Möbelfabrikant

Goldene Trauringe

Gelbes Gold, höchste Probe. Für den neuen Reichsmark. Das 40-jährige Bestehen meiner Firma.

Albert Möwius

Oberrade 56 Tel. D. 5183

Wichtig! Das von mir 1886 gegründete Geschäft expandiert sich immer mehr in der Schmeldebrücke, nicht mehr Zwickauerstraße.

Bezug der Handbücher der Sprachschule Land in Weiden, Regensburg, die von Arbeitern oder Lehrlingen gesprochen und verstanden wird.